

Inhalt



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

Alterssicherung

- ✓ DGB begrüßt Rentenpaket.
- ✓ Veranstaltung: „Demografie und Alterssicherung: eine unendliche Geschichte?“, 14.02.2014, Berlin.

Arbeitsschutz

- ✓ DGB fordert Anti-Stress-Politik.
- ✓ Veranstaltung: „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“, 19.03.2014, Berlin.
- ✓ Grenzwert für Staub am Arbeitsplatz wird abgesenkt.

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender, Maxi Spickermann, Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin, Sonja König	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordinierung Kampagnen Sozialpolitik

Alterssicherung

DGB begrüßt Rentenpaket.

Lesetipp I

Arbeitsbedingte räumliche Mobilität und Gesundheit

Für viele Beschäftigte ist es Alltag, weit zu Arbeit zu fahren, wochenweise für den Betrieb unterwegs zu sein oder auf Dienstreise zu gehen. Befragungen zeigen, dass diese Anforderungen auch gesundheitliche Auswirkungen haben können. Damit das Thema in Prävention und betriebliche Gesundheitsförderung einbezogen werden kann, zeigt der iga-Report 25 aktuelle Forschungsergebnisse und Präventionsmöglichkeiten. Download des iga-Reports 25 (PDF, 778 KB): www.iga-info.de/veroeffentlichungen/iga-reporte/iga-report-25.html

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat den Beschluss des Bundeskabinetts zum Rentenpaket am Mittwoch begrüßt. Dazu sagte Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, die Bundesregierung schlage ein neues Kapitel in der Rentenpolitik auf, weil das Rentenpaket zum ersten Mal seit Jahren spürbare Verbesserungen für die Rente der Zukunft bringt. Die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren biete nach Auffassung des DGB neue Chancen für sichere Übergänge in den Ruhestand, die Erwerbsminderungsrente wird aufgewertet und die Mütterrente aufgestockt.

Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung seien dringend nötig, weil die Rente in den letzten Jahren immer weiter entwertet worden ist. Wichtig sei aber auch, dass die Renten der jungen Generationen gesichert werden. Durch den Aufbau einer Demografie-Reserve sei dies möglich.

Nachhaltige Finanzierung gefordert

Annelie Buntenbach: „Damit die Rentenreform in der nächsten Wahlperiode nicht zu einem Bumerang wird, muss die Koalition für eine nachhaltige Finanzierung sorgen. Entscheidend ist, dass die besseren Mütterrenten aus Steuermitteln finanziert werden, weil dies eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Wenn die Mütterrenten aus der Rentenkasse bezahlt werden, sind die Rücklagen der Rentenversicherung bald aufgebraucht, weil sie allein in den nächsten vier Jahren über 23 Milliarden Euro verschlingen. Eine nachhaltige Finanzierung und sichere Renten für junge Generationen sind möglich, ohne dass der Rentenbeitrag bis zum Jahr 2030 über 22 Prozent steigen muss. Wenn die Beitragserhöhungen, die in der nächsten Wahlperiode aus demografischen Gründen ohnehin erforderlich sein werden, in dieser Legislatur vorgezogen werden, kann eine Demografie-Reserve aufgebaut werden, durch die die Renten der jungen Generationen bestens gesichert werden können.“

Warnung vor Sozialmissbrauch der Unternehmen

Lesetipp II

Hirndoping am Arbeitsplatz - Einflussfaktoren und Präventionsmöglichkeiten für Unternehmen.

Seit einigen Jahren wird das Thema (geistige und körperliche) Leistungssteigerung durch Medikamente oder andere Erzeugnisse im Arbeitskontext in den Medien behandelt. Die im Januar erschienene iga-Broschüre zeigt anhand von Studien die Ausmaße dieser neuen Entwicklung auf und beschreibt außerdem Wirkungen und Folgen der Einnahme dieser Produkte ohne ärztliche Verordnung. Ein weiterer Schwerpunkt sind notwendige Präventionsmöglichkeiten.

Download der Broschüre „Hirndoping am Arbeitsplatz – Einflussfaktoren und Präventionsmöglichkeiten für Unternehmen“ (PDF, 761 KB):

http://www.iga-info.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/iga-Broschuere-Neuroenhancement_Web.pdf

Der DGB hat die Arbeitgeberverbände davor gewarnt, eine Frühverrentungswelle herbeizureden, um die Rente ab 63 zu verwässern. Die Unternehmen sind angesichts der demografischen Entwicklung auf ältere Beschäftigte angewiesen und sollten sich nicht ins eigene Fleisch schneiden.

Um Sozialmissbrauch von Arbeitgebern vorzubeugen, schlägt der DGB vor die Erstattungspflicht wieder einführen, damit ältere Beschäftigte nicht zu Lasten der Sozialversicherungen frühzeitig aus den Betrieben gedrängt werden. Entlassungen von Beschäftigten ab 60 Jahren können so unattraktiv gemacht werden, weil die Unternehmen die Kosten der Arbeitslosigkeit dann in voller Höhe selbst tragen müssen.“

Veranstaltung I

„Demografie und Alterssicherung: Eine unendliche Geschichte?“

Die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Gesellschaft für sozialen Fortschritt laden zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein:

„Demografie und Alterssicherung: Eine unendliche Geschichte?“ ,

Freitag, 14. Februar 2014,

10.30–16.00 Uhr,

Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin.

Das Programm und das Anmeldeformular finden Sie im Anhang der Newsletter-E-Mail.

Arbeitsschutz

Psycho-Stress: DGB fordert Anti-Stress-Politik für bessere Arbeitsbedingungen. Milliardenkosten durch psychische Belastungen am Arbeitsplatz.

Psychische Erkrankungen sind inzwischen eine häufige Ursache für den erzwungenen Ausstieg aus dem Job. Der DGB appelliert deshalb an die Bundesregierung, gesetzlich gegen zunehmenden Stress am Arbeitsplatz vorzugehen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach forderte eine Anti-Stress-Politik, damit Arbeit nicht länger krank macht. Arbeitsstress verursacht jährliche Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe. Nur bei neun Prozent der Beschäftigten berücksichtigt der Arbeitsplatz-Check (sogenannte Gefährdungsbeurteilungen, die nach dem Arbeitsschutzgesetz vorgeschrieben sind) solche psychischen Belastungen.

Das Thema Psychostress am Arbeitsplatz müsse ganz oben auf der politischen Agenda bleiben, weil der Arbeitsplatz Stressfaktor Nummer eins ist und Arbeitsstress Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht. Der DGB erwarte von der neuen Bundesregierung, die Ansätze der letzten Jahre auszuweiten und klare Regeln für bessere Arbeitsbedingungen zu setzen. „Wir brauchen eine Anti-Stress-Politik, damit Arbeit nicht länger krank macht.“, so Annelie Buntenbach.

Die meisten Arbeitgeber setzen sich mit dem Problem Psychostress bei der Arbeit offenbar noch immer nicht genug auseinander. 70 Prozent der Unternehmen setzen die nach dem Arbeitsschutzgesetz verpflichtende Gefährdungsbeurteilung im Hinblick auf psychische Belastungen nicht richtig um. Bei nur neun Prozent der Beschäftigten werden auch psychische Belastungen, wie der Arbeitsstress, beim Arbeitsplatz-Check berücksichtigt.

Die Beschäftigten leiden nachweisbar unter einem steigendem Druck bei der Arbeit. Nach dem „DGB-Index Gute Arbeit“ (Heft „Arbeitssetze – Arbeitsintensivierung – Entgrenzung. So beurteilen die Beschäftigten die Lage – Ergebnisse der Repräsentativumfrage 2011.“, März 2012, siehe http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/arbeitssetze_arbeitsintensivierung_entgrenzung_-_ergebnisse_der_repraesentativumfrage_2011.pdf) müssen fast zwei Drittel der Beschäftigten immer mehr in der gleichen Zeit leisten, mehr als die Hälfte arbeitet gehetzt und mehr als ein Viertel muss permanent erreichbar sein. Angesichts dieser Entgrenzung der Arbeit ist es kein Wunder, dass 44 Prozent oft ausgebrannt sind.

Psychische Belastungen führen zu Erwerbsminderungsrente

Der Anstieg bei den jährlichen Krankheitstagen wegen psychischer Erkrankungen um mehr als 80 Prozent auf 59 Millionen in den letzten 15 Jahren zeigt das dramatische Ausmaß. Allein durch das Burn-Out-Syndrom sind die Fehltagel in den letzten acht Jahren um das 18-fache gestiegen.

Die verschärften Arbeitsbedingungen führen inzwischen dazu, dass fast die Hälfte der neuen Erwerbsminderungsrenten (42 Prozent) auf psychische Belastungen zurückgeht. Innerhalb von zehn Jahren stieg die Zahl der Frühverrentungen wegen psychischer Erkrankungen von rund 25 000 auf 75 000 im Jahr 2012. Die Betroffenen sind durchschnittlich erst 49 Jahre alt.

Dabei findet jeder fünfte Neuzugang in die Rente inzwischen über die Erwerbsminderungsrente statt. Die volle Erwerbsminderungsrente beträgt im Schnitt nur noch 646 Euro und liegt damit unter Grundsicherungsniveau. Eine deutliche Aufwertung der Erwerbsminderungsrente ist deshalb ebenso notwendig wie eine Humanisierung der Arbeit, um gesundheitliche Beeinträchtigungen der Beschäftigten und Erwerbsminderung zu vermeiden.

Veranstaltung II „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“

Im September 2013 haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Gemeinsame Erklärung Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt unterzeichnet, die ein gemeinsames Grundverständnis und Handlungsansätze formuliert.

BDA und DGB laden nun zu einer Veranstaltung ein am

Mittwoch, 19. März 2014,
10.30–16.30 Uhr,
Leonardo Hotel Royal, Berlin.

Hochrangige Experten werden den aktuellen Debattenstand und geeignete Maßnahmen vorstellen, auch Praxisbeispiele werden präsentiert. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der Ankündigung, die im Anhang der Newsletter-E-Mail beigefügt ist.

Grenzwert für Staub am Arbeitsplatz wird abgesenkt

Der Ausschuss für Gefahrstoffe hat unter gewerkschaftlichem Druck den Grenzwert für Staub am Arbeitsplatz (sogenannter alveolengängiger oder A-Staub) erheblich abgesenkt. Mit der Veröffentlichung des neuen Wertes ist in der ersten Hälfte des Jahres 2014 zu rechnen. Dieser Beschluss hat erhebliche Bedeutung für die Praxis. In Deutschland leiden nach Schätzungen zwischen 500.000 bis eine Million Menschen an Lungenerkrankungen, die arbeitsbedingt sind. Schon die jetzigen Grenzwerte 3 mg/m³ für A-Staub und 10 mg/m³ für einatembaren E-Staub werden in einigen Bereichen nicht eingehalten. Auch die Ermittlung der Exposition vor Ort ist häufig mangelhaft und der Umgang mit Gefahrstoffen zum Beispiel im Hinblick auf persönliche Schutzausrüstung sorglos.

Verbände des Baugewerbes und des Bergbaus haben noch im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses für Gefahrstoffe versucht, die Beschlüsse niedrigerer gesundheitsbasierter Werte zu verhindern. Insbesondere wurde vorgeschlagen „die Unternehmen der Bauwirtschaft vom Geltungsbereich eines neuen, abgesenkten allgemeinen Staubgrenzwertes dauerhaft auszunehmen“.

Diese Verschleppungstaktik auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten hat sich jedoch nicht durchgesetzt, der Staubgrenzwert wird mit einer Übergangsregelung auf $1,25 \text{ mg/m}^3$ reduziert. Dies erfordert neue Anstrengungen in den Betrieben sowie entsprechende Hilfestellungen zum Beispiel durch das Technische Regelwerk des Ausschusses für Gefahrstoffe und die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV).

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>